

KIRCHE UND FASCHISMUS

Kirche (was immer man darunter versteht) und Faschismus (was immer man darunter versteht) haben sich — mindestens während meiner Lebenszeit — immer recht gut miteinander vertragen, und wo es zu Gegensätzen und gar zu Auseinandersetzungen zwischen ihnen gekommen ist, da hat man von beiden Seiten immer nur eine Minderheit, einen zahlen- und gewichtsmäßig kleineren Teil der anderen Seite befehdet: man wollte und erstrebte im Grunde eine Verständigung, weil beide Seiten voneinander Duldung und sogar mehr: Förderung erhofften und erwarteten. Das war im Spanien Francos nicht anders als im Reich Hitlers und nicht anders als es zuvor schon im Imperium Mussolinis gewesen war; und die Konkordate, wie sie zwischen Rom und diesen faschistischen Staatsgebilden geschlossen wurden, sind unbezweifelbare Hinweise darauf, daß man von beiden Seiten eine friedliche Koexistenz wünschte.

Als im Jahre 1933 der Nationalsozialismus bei uns im damaligen Deutschen Reich zur Herrschaft gelangte, sah es zunächst so aus, als sollte diese friedliche Koexistenz von Kirche und Staat so weitergehen, wie sie sich seit dem Ende des Bismarck'schen Kulturkampfes am Ende der 80er Jahre und dann unter der Weimarer Verfassung entwickelt und konsolidiert hatte. Die katholische Kirche sicherte sich durch ein Reichskonkordat (20. 7. 1933), während sich die Deutsche Evangelische Kirche und die in ihr zusammengefaßten evangelischen Landeskirchen daran genügen ließen, daß die Bestimmungen der Weimarer Verfassung über das Verhältnis von Staat und Kirche in Kraft blieben und das Programm der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei) den Artikel 24 enthielt, der von einem »positiven Christentum« als von ihrer Grundlage sprach.

Es kam dann aber schon sehr bald — noch im Jahre 1933 — an den Tag, daß der NS-Staat nicht nur eine politische Diktatur, sondern eine totale Diktatur sein wollte und diese Diktatur auch auszuüben entschlossen war, daß er von seinen Staatsbürgern nicht allein unbedingten Gehorsam für ihr Tun und Lassen, sondern ebenso für ihr Meinen und Denken, für ihre Überzeugung und ihr Wollen verlangte.

Mit der bedingungslosen Polizeigewalt hätten sich die protestantischen Kirchen jener Tage noch widerstandslos abgefunden, wenn auch mit allerlei inneren Vorbehalten und nur widerstrebend: als Kirchenglied, als »Christ« tat man doch nicht etwas, was amtlich verboten war und man unterließ doch nichts, was amtlich — von der »Obrigkeit« — verordnet und befohlen wurde; die Christenheit hatte ja seit den Tagen der Apostel — und immer neu — lernen müssen: »Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott.« Und die Worte des Paulus wurden zur Zeit des Kaisers Nero geschrieben, gerichtet an Menschen, die wenig Ursache hatten, mit der Obrigkeit zufrieden zu sein. Dies Untertansein ist also keinesfalls in unser Belieben gestellt, es gilt auf jeden Fall: »Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist«. Und dennoch: die obrigkeitliche Gewalt hat Grenzen: »Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.« Dies Petruswort ist in der Kirche und in den Kirchen sehr häufig und sehr lange verschwiegen und geradezu verleugnet worden, höchst eindeutig in der Frage der Gewaltanwendung. Gott sagt (so lehrt es jedenfalls die Kirche): »Du sollst nicht töten!«; aber die Kirche hat seit den Tagen des Kaisers Konstantin niemals Nein gesagt, wenn die Obrigkeit sagte: »Du sollst töten!« — Im Dritten Reich mußte es dann an den Tag kommen, daß der Apparat — oder sagen wir: die institutionelle, traditionell gewordene Organisation »Kirche« mit ihrem Namen etwas vortäuscht oder wenigstens vorgetäuscht hat, was dieser Apparat, diese Organisation gar nicht ist oder jedenfalls gerade da nicht gewesen ist, als es darauf ankam, »Kirche«, nämlich Gemeinde Jesu Christi zu sein. — Der nationalsozialistische, faschistische Staat sagte: »Du sollst den Juden — den Fremdling — hassen!« Jesus Christus sprach: »Du mußt deinen Nächsten — selbst deinen Feind — lieben!« — Die »Kirche« (oder was sich so nannte) schwieg und beugte sich der totalen Diktatur. Damit begann im Spätsommer 1933 der »Kirchenkampf«, der von außen gesehen ein Kampf einer Minderheit in der »Kirche« gegen die öffentlich anerkannte Institution Kirche und die große Mehrheit ihrer Mitglieder war, die ihrerseits den totalen Anspruch stillschweigend oder sogar ausdrücklich zustimmend und unterstützend anerkannten. Im Grund (und den als Christen bewußt gegen die Leitung wie gegen die Majorität der Organisation »Kirche« revoltierenden Gliedern der Kirche war das völlig eindeutig und klar) — im Grunde war dieser Kampf von Anfang an Widerstand gegen die sich selber absetzende Staatsgewalt, Widerstand gegen das System, das den Staatsbürger so oder so, durch Druck oder Verführung »gleichschalten« wollte.

Der NS-Staat hat denn auch diesen Widerstand sehr bald als solchen erkannt und nach allen Richtungen einzudämmen und zu isolieren gesucht. Zunächst waren es — naturgemäß — Pfarrer und Theologen, die sich zum Widerstand formierten; das geschah in

regionalen Bruderschaften und zentral im Pfarrer-Notbund, sehr bald aber auch in einer überraschend breiten evangelisch-christlichen Öffentlichkeit, die sich dann auf der Barmer Synode im Mai 1934 als »Bekennende Kirche« vorstellte. Die damals beschlossene »Theologische Erklärung« (sie geht größtenteils auf Karl Barth zurück) ist wohl seit den Tagen der Reformation die bedeutendste kirchliche Glaubensaussage gewesen und hat — so darf man wohl sagen — Geschichte, jedenfalls Kirchengeschichte, gemacht. — In ihrer 5. These wird sehr klar von der Aufgabe des Staates gesprochen, daß er — wie »die Schrift uns sagt« — »in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen« hat, und daß die »falsche Lehre« verworfen wird, »als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden . . .«. Das war ja wohl eine deutliche Absage an den Totalitätsanspruch des NS-Staates und wurde als solche auch zur Kenntnis genommen; man (d. h. Hitler und seine engsten Mitarbeiter) wagte aber zunächst keinen offenen Angriff gegen die »Bekennende Kirche«, sondern suchte sie erst einmal von innen her aufzuspalten. Das gelang auch durch — ich möchte sagen — »künstliche« Wiederbelebung alter und vor allem von der jüngeren Generation längst totgeglaubter, konfessioneller Gegensätze: Im Protestantismus gab es ja — wie heute noch! — abgesehen von den zahlenmäßig kleinen und wenig nach außen wirkenden »Freikirchen« (Baptisten, Methodisten, Mennoniten u. a.) drei in sich selber allerdings keineswegs geschlossene »Konfessionen«: Lutheraner, Reformierte, Unierte. Die Unterschiede waren im Bewußtsein des Kirchenvolkes freilich nicht mehr deutlich, meistens sogar völlig vergessen. Wer einer protestantischen Konfession angehörte, nannte sich einfach »evangelisch«. Aber schon bei den Vorbereitungsarbeiten für die Kirchenverfassung der Deutschen Evangelischen Kirche im Jahr 1933 machte sich dieser innerprotestantische Konfessionalismus wieder geltend, und das *Luthertum* war sehr viel stärker zu Kompromissen mit der staatlichen Obrigkeit geneigt als etwa die *unierten* Kirchen in Alt-Preußen, Kurhessen, Nassau, Hessen-Darmstadt, Baden und der Pfalz oder gar die *reformierten* Kirchen in Ostfriesland und in Lippe-Dehmold.

Der NS-Staat machte sich denn auch die hiermit angedeuteten Möglichkeiten zunutze: er ließ die großen lutherischen Kirchen, vor allem Hannover und Bayern, aber auch Württemberg, relativ ungeschoren und brachte die übrigens evangelischen Landeskirchen durch manipulierte Wahlen und später durch Finanzmaßnahmen dahin, daß von ihnen als Institutionen keinerlei Störungen für das totale Naziregime mehr zu befürchten waren. Aber in allen diesen Kirchen gab es nun neben dem vom Staat anerkannten »deutsch-christlichen« d. h. nationalsozialistischen oder den Nationalsozia-

lismus stillschweigend bestimmen lassenden Kirchenregiment, das allerdings kaum noch irgendwo ernstgenommen wurde, eine weitere — zwar illegale aber sich selbst legitim und verantwortlich wissende kirchliche Leitung im Bruderrat der Bekennenden Kirche. Diese Kirche, ihre Pfarrer, Ältesten und Gemeindeglieder, war nun in den Jahren bis zum Kriegsbeginn, wenn sie auch niemals verboten wurde, eine — vom NS-Staat her gesehen — staatsfeindliche Organisation, weil sie eben den Totalitätsanspruch des Staates nicht nur nicht anerkannte, sondern offen bestritt. Man scheute sich zwar, aus diesen Staatsfeinden Märtyrer zu machen, so daß es in dieser Art von Christenverfolgung nur einige Dutzend Todesopfer gab, aber man hat doch Hunderte eingesperrt und Tausende »von Haus und Hof«, d. h. aus ihrer Gemeinde und ihrem Amt vertrieben. Es ging dabei offensichtlich mehr um Einschüchterung und Abschreckung der anderen als um Rache und Peinigung derer, an denen man obrigkeitliche Gewalt übte. Man hatte von seiten dieser so zu abschreckenden Beispielen benutzten Christen und von denen, die um sie bangten und sorgten, ja auch keine gewalttätige Vergeltung zu fürchten. Was man fürchtete, — wenn man das auch nicht zugeben mochte — war doch wohl die geheime Ehrfurcht und die niemals ganz zu überwindende Angst vor einer Überzeugung, die stärker war und blieb als jede Drohung und aller Zwang.

Der Weg dieser Bekennenden Kirche war indessen kein Weg menschlich-übermenschlichen Heldentums, und es hatte schon seinen guten Grund, wenn es gerade die Bekennende Kirche war, die im Oktober 1945 auf dem Stuttgarter Schuldbekennnis bestand, in dem wir es offen aussprachen: »Wir klagen uns — uns selber — an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.« — Gerade als »Bekennende Kirche« — und wir haben in jenem Kampf wirklich den Willen Jesu Christi als unseres wahren Herrn treiben und tun wollen — mußten wir's, leider zu spät, erkennen, daß wir uns mehr durch die Feinde der Kirche als durch die Menschen, die unseren Beistand nötig hatten, in unserem Verhalten hatten bestimmen lassen.

Am Ende des Krieges mußten wir — zu unserer Beschämung — feststellen, daß die Gemeinde Jesu, die wirkliche Kirche, um die wir gebangt hatten, weil wir zu ihrem Schutz und zu ihrer Verteidigung gar nichts mehr hatten tun können, immer noch da war und auch ohne uns überlebt hatte. Die *Kirche* braucht unseren Schutz nicht, weil der Herr, *Ihr* Herr, dafür sorgt, daß sie bleibt; aber der »*Nächste*«, der Mensch an unserer Seite der hat uns nötig, und ihm den Dienst zu tun, den er braucht, dazu sind wir da. Aber in dem ganzen Ringen des Kirchenkampfes hatten wir uns mehr um das Weiterleben der *Kirche* als um das Leben, das wahrhaft menschliche Leben und Überleben unserer Mitmenschen gesorgt und gekümmert. Rückblickend muß ich wohl sagen, daß für mich wie

für viele andere Christen hier das eigentliche Schuldbewußtsein seinen Ursprung hatte das uns nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur doch nicht unbekümmert frei und froh werden ließ. Wir waren schuldig geworden, weil wir unseren Nächsten, den Menschen neben uns — und gerade denen, die uns als Feinde begegnet waren, — eben das, was wir ihnen geschuldet hätten, schuldig geblieben waren. Gerade wir Christen hatten es ja gewußt oder hätten es doch wissen müssen, daß der nationalsozialistische Weg im Ansatz bereits ein Irrweg war und ins Verderben führen mußte, weil er — und zwar grundsätzlich — den Menschen als Ding, als Instrument manipulierte und ihm die persönliche Freiheit des eigenen Entschlusses, der eigenen Verantwortung vorenthielt, ja geradezu aberkannte. Das Endergebnis mußte ein Unmensch, und zwar ein armseliger Unmensch sein, wie wir den dann in Massenaufgabe in den — sogenannten — »Denazifizierungsverfahren« zu sehen bekamen, in denen den Leuten, die sich als Instrumente hatten gebrauchen, als Menschen also hatten mißbrauchen lassen, plötzlich und unvermittelt die eigene Verantwortung, also die Freiheit der persönlichen Entscheidung vorgehalten und ihre Nicht-Erfüllung als Schuld — als Vergehen oder als Verbrechen — angerechnet und entsprechend bestraft wurde. Gewiß, auch mit den »Hauptschuldigen« wurde im Nürnberger »Kriegsverbrecherprozess« nicht eben glimpflich verfahren; aber am glimpflichsten kamen denn doch die Leute davon, die Befehle lediglich in die erforderliche Form brachten, weitergaben und so ausführten, daß sie sich die Hände selber dabei nicht schmutzig zu machen brauchten. Die »Schreibtisch-Täter« wurden erst später gesucht und nur langsam gefunden; sie saßen ja auch an den für »Fremde« kaum zugänglichen Stellen in Justiz und Verwaltung und sitzen ja auch da in Einzelfällen vielleicht heute noch oder genießen Ruhestand und Pension. Es handelt sich ja bei ihnen auch nur um »Kavaliersdelikte«, und an Wehrmacht und Militär darf sowieso nicht kritisiert werden.

Die »Siegermächte« hatten sich einmal am Kriegsende darauf geeinigt, daß Deutschland niemals wieder eine Militärmacht werden, ja niemals wieder Militär haben dürfe. Die Menschheit, auch die Christenheit, hatte den Krieg satt. 1948 sprach es der »Ökumenische Rat der Kirchen« (der »Weltrat der Kirchen«) auf seiner ersten Vollversammlung in Amsterdam deutlich aus: »Kriege sind gegen den Willen Gottes!«, und schon vorher hatte ein solch konservativer und in der preußisch-deutschen Tradition beheimater Kirchenmann wie der Berlin-Brandenburgische Bischof D. Dibelius festgestellt: »Auf der Gewalt ruht kein Segen!« — Aber die »Evangelische Kirche in Deutschland« schwieg sowohl zu der ganzen Denazifizierung wie auch zu der Wiederbewaffnung, die der Bundeskanzler Adenauer dem amerikanischen Präsidenten zur Stärkung der anti-bolschewistischen Front angeboten hatte. — Man hatte zwar gleich nach dem Kriege, im August 1945, anstelle der DEK,

die als wesentlich von NS-Christen beherrschte Organisation mit der Kapitulation stillschweigend verschwand, in Treysa die EKID gegründet, woran sich neben dem Einigungswerk des Württembergischen Landesbischofs D. Wurm auch der kurz zuvor wieder zusammengetretene Reichs-Bruderrat der Bekennenden Kirche beteiligte. Die Leitung, der Rat, bestand aus insgesamt 12 Männern, die alle einmal der Bekennenden Kirche angehört hatten, die aber keineswegs aus den Erfahrungen, die die Bekennende Kirche in der Zeit ihres ja schon nicht mehr sehr einmütigen »Widerstandes« gemacht hatte, die gleichen Folgerungen und Verpflichtungen ableiteten. — Die Kirche — wie die Gliedkirchen der EKID, verwandte viel kostbare Zeit darauf, ihr eigenes Haus zu bauen bzw. wieder zu ordnen; und wenn die neue »Grundordnung« als das Verfassungswerk der EKID auch schon 1948 in Kraft gesetzt werden konnte, so konnten dadurch die versäumten Gelegenheiten doch nicht mehr eingeholt werden. — Man war in der evangelischen Christenheit stark zurückgeblieben, hatte vieles liegenlassen und vergessen, wofür es nun zu spät geworden war, hatte stattdessen aber viele Erinnerungen an »die gute alte Zeit«, nämlich von vor 1933 und vor 1918 wieder aufgewärmt, hatte dafür aber den Elan und die Lebendigkeit, die zum Handeln nach 1945 gedrängt hatten, verloren. Im Sommer 1947 hatte der Bruderrat der EKID noch das »Darmstädter Wort« beschlossen, ein leidenschaftlich bewegtes Wort über verhängnisvolle Irrwege: »Wir sind in die Irre gegangen, als wir...«, und es war ein ebenso leidenschaftlicher Ruf zur Umkehr zu Gott und Hinkehr zum Nächsten: »Werdet Euch« — nämlich als glaubende Christen — »in großer Nüchternheit der Verantwortung bewußt, die alle und jeder einzelne von uns für den Aufbau eines besseren deutschen Staatswesens tragen, das dem Recht, der Wohlfahrt und dem Inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient.« Die in diesem Wort beklagten Irrwege hießen: der Traum einer besonderen deutschen Sendung und die damit begründete und darauf bauende Machtpolitik; die Errichtung einer »christlichen Front« gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen; die vermeintliche Notwendigkeit einer Frontbildung der Guten gegen die Bösen und schließlich (und vor allem), daß wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. — Dies Wort wurde vom Rat der EKID als inakzeptabel gar nicht einmal behandelt. Die Kirche hielt sich im Hintergrund; man wird nicht einmal sagen können, daß sie »reaktionär« gewesen oder geworden sei. Sie überließ wieder einmal wie zu Zeiten der alten Staatskirchen das ganze »weltliche« Leben den dafür zuständigen Stellen und Organen und beschränkte sich auf ihre sogenannte »eigentliche« Aufgabe, den religiösen Bedürfnissen der christlichen Bevölkerung Genüge zu tun. — Nun sind aller-

dings diese religiösen Bedürfnisse gegenüber den Zeiten der Väter und Großväter — bald werden es schon die Urgroßväter-Zeiten sein — sehr anders geworden: der »Pluralismus« macht sich innerhalb der institutionellen, organisierten Kirche breit, und man verlangt als religiöser, frommer Mensch nach klarer Weisung und nach festem Halt. Im »Widerstand«, da ging es um die Freiheit des Menschen, die gefährdet, bedroht und unterdrückt wurde; heute haben wir volle Freiheit für unser Denken, Wollen und Tun, und nun sollten wir als Kirche, als Gemeinde Jesu Christi wohl darum besorgt sein, daß wir diese unsere Freiheit nicht auf Kosten anderer, unserer Nächsten, unserer Mitmenschen, genießen, wie wir das bedenkenlos — wenn vielleicht auch unwissend — getan haben und weiterhin zu tun versucht sind. — Wir, die »christlichen« Völker sind nun einmal die Mächtigen und Reichen inmitten einer notleidenden Menschheit geworden; aber wir haben es nicht — noch immer nicht — fertiggebracht, mit dem menschlichen Elend auch nur in unserer eigenen Mitte aufzuräumen. Theoretisch und rechnerisch wäre das eine Kleinigkeit; nur eins steht im Wege, das Wort dessen, der die Wahrheit selber ist: »Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.« — Wer schafft uns den Götzen, den unbarmherzigen Kerkermeister Mammon vom Halse?! Wer macht uns und unsere armen Menschenbrüder los aus dieser Sklaverei? — Der glaubende Christ ist aus ihr erlöst und freigemacht, dem notleidenden Bruder Mensch, dem Nächsten beizustehen, weil er ihm die gleiche Liebe schuldet wie sich selbst und diese Schuld ständig trägt und ständig zahlt aus der Fülle der Liebe, von der er selber täglich im Glauben gespeist wird. Diese Liebe begnügt sich nicht mit Almosen, sie geht der Not an die Wurzel. Und da, wo die Ursachen der Not in den Verhältnissen, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, in der Politik oder sonstwo gefunden und festgestellt werden, da kann der Christ, da kann die Gemeinde Jesu Christi nicht einfach zuschauen, sondern muß Hand anlegen, wo und wie immer er oder sie zugreifen kann! — Das ist heute eine sehr weite und sehr komplizierte Aufgabe: Die Erde ist eine sehr kleine Welt geworden, und die Frage des Schriftgelehrten: »Wer ist denn mein Nächster?« ist für uns heute geradezu sinnlos geworden, weil ja auf jeden von uns der satt zu essen bekommt, zwei — und in wenigen Jahrzehnten drei oder mehr — andere Menschen kommen, die nicht satt zu essen haben und in Hunger verelenden und zugrunde gehen müssen. — Dabei wäre es auch hier theoretisch und rechnerisch eine Kleinigkeit, mit diesem millionen — nein milliardenfachen Menschenelend aufzuräumen. Heute hungern an drei Milliarden Menschen, während die satten Einhalbmilliarden in jedem Jahr an die 600 Milliarden Dollar auf Rüstung verschwenden, also mehr, als nötig wäre, um alle Hungernenden satt zu machen! — Davon sprechen die Massenmedien (Presse, Rundfunk, Fernsehen) nicht, davon spricht auch die »Kirche« nicht: das gehört anscheinend nicht zu ihrer eigentlichen, ihrer eigenen

Aufgabe. Ihr scheint es wichtiger, einer hungernden Menschheit zu verkündigen: »Der Mensch lebt nicht vom Brot allein!« Und sie müßte es heute doch wohl hinausschreien, daß der Mensch — unser Mitmensch — ohne Brot nicht leben kann, und daß wir — die Satten — Unmenschen sind, wenn wir es nicht unsere erste Sorge — heute und morgen — sein lassen, unserem hungernden und verhungerten »Nächsten« zu dem Stück Brot zu verhelfen, das ihm das Leben, das Überleben möglich macht. —

»Kirche und Faschismus« —: Wir haben als Bekennende Christen dem Totalitätsanspruch des NS-Staates Widerstand geleistet und haben es — zwar nicht ohne Leiden, aber doch einigermaßen — fertiggebracht, uns nicht zu bloßen Bestandteilen der Nation und willenlosen Instrumenten eines fremden Willens herabwürdigen und mißbrauchen zu lassen; aber wir haben den vielen tausend Armen und Schwachen, die sich des Zwangs und Drucks nicht erwehren konnten, weil ihnen die Kraftquelle fehlte, die uns speiste, nicht geholfen und haben an sie kaum gedacht. Das Resultat war das Stuttgarter Schuldbekenntnis, in dem wir uns mit ihnen in dieser Schuld solidarisch erklären mußten. — Das war die Erfahrung, die uns von unserem »Widerstand« geblieben ist. Die Zeiten sind anders geworden und die Aufgaben haben sich geändert; ich habe versucht, deutlich zu machen, wo heute unsere nicht aufzuschiebende Verpflichtung liegt. — Es geht tatsächlich ums Brot, das wir der Menschheit, unseren Mitmenschen schulden, wir Satten, wir Reichen; und wir müssen — das ist das Allernotwendigste und Dringendste — dazu helfen und darauf dringen, daß jeder Mensch sein Existenzminimum bekommt und wenigstens leben kann, daß das Urteil nicht am Ende lauten muß: »Ich bin hungrig gewesen und ihr habt mich nicht gespeist.«